

Rote Köpfe an Obermatte-Debatte

Infoveranstaltung zeigt: Nicht nur bezüglich Entschädigungszahlungen gehen in Klingnau Meinungen auseinander.

Philipp Zimmermann

Die Erschliessung der Obermatte wurde an der Infoveranstaltung vom Mittwoch heiss diskutiert. Die grüne Wiese, oberhalb des Rebbergs gelegen, ist seit 1972 Bauland. 25 Einfamilienhäuser könnten hier Platz finden. Die Gemeindeversammlung hat der Teiländerung des Nutzungsplans, Krediten für die Erschliessung und Strassenausbau sowie dem Offenlegen eines Bachs zugestimmt. Am 6. November kommt es bei vier Geschäften wegen eines Referendums zur Urnenabstimmung.

Ihre Sicht äusserten am Podium der Infoveranstaltung auch die führenden Köpfe des Referendumskomitees. Ursprünglich hatte der Stadtrat vom Podium abgesehen. Silvia Hammer interpretierte den Meinungsumschwung als Erfolg. Und als Folge des offenen Briefs des Referendumskomitees, der am Mittwoch in der Lokalzeitung «Die Botschaft» publiziert worden war. «Mit aller Macht sollen hier abweichende Stimmen unterdrückt werden», lautete ein zentraler Vorwurf. Stadtrat Kuno Schumacher verwahrte sich dagegen. Das Komitee müsste schon selbst dafür sorgen, seine Sicht zur Bevölkerung zu tragen.

In der Debatte waren sachliche wie emotionale Argumente zu hören, was zwischenzeitlich zu roten Köpfen führte. Wenn ein Entscheid einer Gemeindeversammlung mit zwei zu einem Drittel der Stimmen ausfalle

(wie bei der Obermatte; die Redaktion) und danach ein Referendum ergriffen werde, «dann ist das ein Missbrauch eines Referendums und eine Abwertung der Gemeindeversammlung», ärgerte sich Stadtammann Reinhard Scherrer.

Offenkundiger Fehler bei Komitee-Stellungnahme

Irritiert bis verärgert zeigten sich Klingnauer Stadträte zudem über die Stellungnahme des Referendumskomitees in den Abstimmungsunterlagen. Diese wurden der Bevölkerung am Dienstag zugestellt. Das Komitee schreibt darin, dass das Gemeindebudget ein Minus von 24,3 Millionen Franken aufweise – ein offenkundiger Fehler.

Schumacher verwies darauf, dass im Budget 2022 ein Minus von 400 000 Franken budgetiert ist. Ein weiterer Vorwurf ist, dass die Obermatte-Überbauung ein «Luxusprojekt für Besserverdienende» sei. Und dass die Kosten für die Erschliessung des Landes die Gemeinde zahlen werde. «Diese Behauptung ist nicht korrekt», so Schumacher. «Die Erschliessungskosten werden gemäss den geltenden Reglementen aufgeteilt.»

Ein grosses Gewicht kommt im Abstimmungskampf dem Thema der Entschädigungszahlungen an Grundeigentümer zu. Solche drohen laut Stadtrat in Höhe von fünf, wenn nicht gar zehn Millionen Franken, falls das Bauland bei einer misslungenen Erschliessung auf Druck des Kantons ausgezont werden



Das Bauland befindet sich oberhalb des Rebbergs, ein Teil oberhalb der Steigstrasse (im Bild). Bild: pz

müsste. Der Stadtrat hatte schon an der letzten Gemeind auf entsprechendes Urteil des Verwaltungsgerichts zu einem Fall in Mellingen verwiesen. Der Fall ist allerdings vor Bundesgericht hängig.

Entschädigungszahlungen «reine Angstmacherei»?

Das Referendumskomitee bezeichnet die Entschädigungszahlungen wegen des fehlenden Präzedenzfalls als «reine Angstmacherei». Schumacher verwies dagegen auf zwei Rechtsgutachten, welche die Gemeinde in Auftrag gegeben hat.

Schumacher: «Diese Hypothek wollen wir unseren Nachkommen nicht übergeben.» Michel Mettler vom Komitee bemängelte in der Folge, dass «das Thema auf finanzieller Ebene abgehandelt werden» solle. Für ihn bedeute das: «Man will sich einer Wertediskussion nicht stellen. Das Projekt ist aus der Zeit gefallen.» Er kritisierte grundsätzlich, dass die grüne Wiese am Rand der Siedlung respektive des Rebbergs überhaupt überbaut werden soll. «Diesen Flecken Land kann man nur einmal überbauen», mahnte Silvia Hammer.

Matthias Schifferli, als Bauingenieur für die Gemeinde tätig, wies dagegen darauf hin, dass dem Gestaltungsplan für die Obermatte ein sechsjähriger Kampf und Kompromiss mit den Grundeigentümern vorausging. Mit dem Resultat, dass nun weder Steingärten noch Mauern in der Obermatte möglich sind, diese aber dank der Grünziffer «möglichst viel Grün erhält». Wenn das Stimmvolk die Referenden gutheisse, wäre der Gestaltungsplan mit diesen Vorgaben vom Tisch. Die Obermatte könnte also stärker verbaut werden.

Vandalen schlagen bei Schule zu

Bad Zurzach Beim Oberstufenzentrum in Bad Zurzach sei zwischen Freitag, 14. Oktober, und Mittwoch, 19. Oktober, das Schlüsselrohr aufgebrochen und der Notschlüssel der Stützpunktfeuerwehr Zurzach dieser Liegenschaft entwendet worden. «Der Briefkasten wurde ebenso in Mitleidenschaft gezogen, wie der Abfalleimer und der Boden durch das Entfachen von Feuer», schreibt die Gemeinde Zurzach.

Die Kantonspolizei habe im Rahmen der Spurensicherung den Tatort auf DNA-Spuren untersucht, heisst es weiter. Die Gemeinde habe einen Strafantrag aufgrund des Einbruchdiebstahls und der Sachbeschädigung gestellt. Im Weiteren sei eine Privatklage inklusive Schadenersatzforderung für die Schäden und die Folgekosten eingereicht worden. Die Schlösser wurden umprogrammiert, mit dem entwendeten Schlüssel ist kein Zugang in die Schulliegenschaft mehr möglich. Für die Aufklärung dieser Straftaten nehme die Kantonspolizei und der Gemeinderat die Mithilfe der Bevölkerung gerne an. «Hinweise werden vertraulich behandelt.» (az)

Nachricht

Vizeammann Josef Graf tritt zurück

Full-Reuenthal Aus gesundheitlichen Gründen hat Vizeammann Josef Graf seine Demission per Ende 2022 eingereicht, wie es auf der Website der Gemeinde heisst. Die Ersatzwahl findet am Sonntag, 18. Dezember, statt. Der Anmeldeschluss für Wahlvorschläge ist am 4. November, 12 Uhr. (az)

Umfrage ist lanciert: Jetzt kann Volk Stellung zur Fusion nehmen

In voller Schneisinger Turnhalle haben Tegerfelden, Endingen, Lengnau und Schneisingen über einen möglichen Zusammenschluss informiert.

Susanne Holthuisen

«Ich möchte mir ein Bild machen», klingt es im Extrabus, der die politisch Interessierten aus dem Surbtal einsammelt und zum Infoabend nach Schneisingen bringt. Über 200 Besuchende finden sich am Mittwochabend in der Turnhalle ein und möchten aus erster Hand von den Gemeindevorstehern erfahren, wohin die Reise geht. «Wir werden den Antrag zur Fusionsprüfung an den Gemeindeversammlungen stellen», macht Ralf Werder, Vorsitzender des Projektausschusses und Endinger Ammann, gleich zum Auftakt klar. «Die Bevölkerung soll von Anfang an mitreden, mitgestalten, mitplanen und letztendlich entscheiden, ob es zum Zusammenschluss kommt.»

Ein Blick zurück: Seit 2008 arbeiten Endingen, Lengnau und Tegerfelden unter dem Titel «Perspektive Surbtal» auf behördlicher Ebene zusammen. Synergien in mehreren Bereichen bestanden bereits in loser Form, diese wurden im Projektverlauf gefestigt und neue, gemeinsame Handlungsfelder bestimmt. 2010 kam es zur Umsetzung in

sechs Bereichen: Feuerwehr Surbtal, Kommunikation, Regionale Bauverwaltung, Regionaler Sozialdienst, Interkommunale Kommissionen und Schule Surbtal. Seither wurde die Zusammenarbeit auf 16 Bereiche ausgeweitet. Mittlerweile arbeiten zudem die benachbarten Gemeinden Würenlingen, Freienwil und Schneisingen in vereinzelten Punkten mit. Als sich die Fusionsabsichten zu verdichten begannen, wurden die Nachbarn zu den Sondierungsgesprächen eingeladen – davon ist noch Schneisingen mit an Bord. Die guten und langjährigen Erfahrungen mit der Zusammenarbeit im Surbtal haben nun den Weg für eine Fusion geebnet.

Ab 16 Jahren ist Teilnahme an Umfrage möglich

Unter dem Titel «Surbtal, quo vadis» (lateinisch für wohin geht es) erläutern die vier Gemeindevorsteher am Infoabend den Projektstand sowie die Vorteile einer Einheitsgemeinde Surbtal, die mit rund 8000 Bewohnerinnen und Bewohner im Zurzibiet Gemeinderanking an zweiter Stelle stehen und damit 25 Prozent der Gesamtbevölkerung



Rund 200 Personen kamen in die Turnhalle. Bild: Matthias Moser

ausmachen würde. Die Herausforderungen für die Gemeinden haben mit dem Bevölkerungswachstum von über 60 Prozent seit 1980 massiv zugenommen. «Bei unseren Gemeindegrössen ist es heute als Gemeinderat nahezu unmöglich, sich bei übergeordneten Themen seriös und aktiv einzubringen», führt Ralf Werder weiter aus. «Das Milizsystem gelangt an seine Grenzen.» Nebst Rekrutierungsschwierigkeiten und zeitintensiven Dossiers nimmt die Belastung der Gemeinderäte ste-

tig zu, obschon schon vieles zusammengelagt wurde. Als Einheitsgemeinde, so die einhellige Überzeugung des Projektausschusses, können die kommunalen Aufgaben inskünftig besser geschultert sowie regional bedeutend mehr bewirkt werden.

Die Bevölkerungsumfrage ist nun lanciert, bis zum 11. November können nun die Bewohnerinnen und Bewohner ab 16 Jahren den Fragebogen ausfüllen. Der Fragenkatalog ist in Zusammenarbeit mit der Fachhochschule Graubünden ent-

«Bei unseren Gemeindegrössen ist es heute als Gemeinderat nahezu unmöglich, sich bei übergeordneten Themen seriös und aktiv einzubringen.»

Ralf Werder
Gemeindeammann Endingen

standen, welche bereits viel Know-how diesbezüglich mitbringt. Die Befragung ist anonymisiert und kann auf dem Papierweg oder online eingegeben werden. Die Auswertung erfolgt durch die Fachhochschule Graubünden. Mit der Befragung möchten die Gemeinden die Haltung ihrer Bevölkerung zur Fusionsprüfung abholen sowie die Gemeinschaft auf das Thema einstimmen. Die Ergebnisse werden den Gemeinden am 16. Dezember präsentiert und danach der Bevölkerung zugänglich

lich gemacht. An den Sommergemeinden 2023 soll dann die Fusionsprüfung den Stimmberechtigten vorgelegt werden. Bei positivem Echo geht es weiter zum Vorprojekt, der Fusionsprozess ist in sechs Phasen angelegt. Bis zum definitiven Fusionsentscheid braucht es noch eine Volksabstimmung, der Projektausschuss rechnet mit einem Planungshorizont von mindestens fünf Jahren. «Ein Zusammenschluss käme also frühestens ab 2027 in Frage», stellt der Tegerfelder Gemeindeammann Reto Merkli klar.

Der Kanton unterstützt Fusionsbemühungen von Gemeinden finanziell. Das Vorprojekt wird mit 5000 Franken pro Gemeinde entschädigt, beim Hauptprojekt schenkt es mit 25 000 Franken ein. Kommt es zur Fusion, erhält jede Gemeinde eine Zusammenschlusspauschale von 400 000 Franken. Schützenhilfe erhält der Projektausschuss auch von der erst fusionierten Gemeinde Zurzach. «Die Gemeindevertreter haben uns bereits hilfreiche Tipps mitgegeben», so der Endinger Gemeindegemeinderat Daniel Müller. «Sie stehen uns zur Seite.»